

Die Wirtschaftskrise ist mit staatlichen Investitionen zu bekämpfen 2

Gegen Corona sind - auch die Notenbanken machtlos 4

In Peking wird die Klugheit der Europäer überschätzt 6

Wir verkaufen ihnen den Strick, mit dem sie uns aufhängen 8

Umweltpolitik findet nicht statt. Und der Müll ruiniert das Meer 10

Das Großraumbüro ist out. Das Home-Office wird zur Falle. 12

Abo-Service:
vvg@inode.at

Jahresabonnement:
Österreich: € 52,50
inkl. MwSt.,
außerhalb
Österreichs: € 60,00.

Medieninhaber und Medienunternehmen: Volkswirtschaftliche Verlagsges.m.b.H.

Herausgeber und Chefredakteur: Ronald Barazon
Geschäftsführung, Anzeigenleitung, Vertrieb, Redaktion: alle 1070 Wien, Schottenfeldgasse 93/6
Tel.: 00 43 1 523 74 56
Druck: Robitschek, 1050 Wien.
e-mail: vvg@inode.at

Die grundlegende Richtung wird von der Menschenrechtskonvention, den Prinzipien der freien Marktwirtschaft und der Ablehnung jeder Diktatur sowie jeder Verletzung der demokratischen Freiheiten bestimmt.



Die Wirtschaftskrise ist mit staatlichen Investitionen zu bekämpfen

Von Ronald Barazon

Die wahre Krise im Gefolge der Corona-Maßnahmen wird erst jetzt voll wirksam. Und das in erster Linie, weil die Politik nicht fähig ist, mit dem Problem professionell umzugehen und einen Tsunami an verwirrenden, ständig sich ändernden Maßnahmen produziert, die nur für Verunsicherung sorgen. Zudem erweisen sich die Milliarden-Programme, die die Regierungen mit Hilfe der Europäischen Zentralbank umsetzen, als gigantische Gelddruckmaschinen, die die Wirtschaft nicht in Gang bringen und halten können, weil sie falsch konzipiert sind. Dabei hätten in der aktuellen Lage staatliche Aktionen eine zentrale Bedeutung.

Die Pleitewelle ist bereits absehbar

Kein Tag vergeht ohne eine Meldung über die Kündigung von hunderten Mitarbeitern. Das ist aber nur der Anfang, die Kreditschutzverbände prophezeien bereits eine Pleitewelle. Die im Frühjahr großzügig gewährten Stundungen von Mieten, Kreditraten oder Steuern laufen nun aus und jetzt stehen die Betroffenen vor einem Schuldenberg, zusätzlich zu den laufenden Verpflichtungen, und kämpfen mit Einbußen im Gefolge der schlechten Wirtschaftslage.

Eine künstliche Geldschwemme soll die Krise ersticken

Im Zentrum der Wirtschaft steht die Nachfrage. Ohne Nachfrage haben die Unternehmen nichts zu tun, kündigen Mitarbeiter und müssen letztlich schließen.

In der Krise geht die private Nachfrage zurück, die Verbraucher sind verunsichert, drosseln

den Konsum und sind bei langfristig wirkenden Ausgaben, wie etwa einer Renovierung der Wohnung, zurückhaltend.

Die Unternehmen steigen auf die Bremse und reduzieren die Investitionen.

Der Staat muss die Nachfrage sichern

In einer derartigen Situation, wie sie im Gefolge der Maßnahmen gegen die Corona-Pandemie eingetreten ist, sollte der Staat einspringen: Staatliche Investitionen in die Infrastruktur und steuerliche Förderungen von Investitionen der Unternehmen können und müssen einen entscheidenden Beitrag zur Sicherung der Nachfrage und somit der Arbeitsplätze leisten.

Die Milliarden wirken nicht

Nun könnte man meinen, dass die riesigen Konjunkturprogramme der Staaten diesen Ansprüchen gerecht werden. Auch von dem grundsätzlich

beschlossenen, aber von den Parlamenten noch nicht abgesegneten 750-Milliarden-Paket der EU-Kommission sollte man entsprechende Impulse erwarten. Das ist leider nur in sehr bescheidenem Umfang der Fall. Die Aktionen erweisen sich zum Großteil als Geldsegen, der über die Opfer der Krise ausgegossen wird.

Geld braucht einen Gegenwert

Die Wirtschaft ist nur gesund, wenn das verfügbare Geld dem tatsächlichen Umsatz von Waren und Leistungen entspricht.

Ist dies länger nicht gegeben, kommt es unweigerlich zur Geldentwertung, die das Vertrauen in die Währung erschüttert und in einer galoppierenden Inflation endet.

Entscheidend ist, dass die Geldverteilung nur als Feuerwehration kurzfristig zum Einsatz kommt um eine Panik zu vermeiden.

Jetzt fehlen der Konsum und die Investitionen

Sehr rasch müssen dann der Konsum und die Investitionstätigkeit ein entsprechendes Volumen erreichen und so nachträglich die Feuerwehrgeldschöpfung rechtfertigen. Dieser Moment wäre jetzt, im Herbst 2020 nach dem Lock-Down im Frühjahr 2020, gekommen.